

Neurmer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Verkauf
Mittwochs und Sonnabends.
Abonnementpreis
vierteljährlich 90 Pf., pränumerando durch
die Post oder andere Boten 1,05 Mark, durch
die Briefträger frei ins Haus 1,30 Mt.

Anzeigenpreis
für die 1 halbe Korpus-Zeile oder deren
Raum 10 Pf., Reklamen pro Zeile 15 Pf.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr
angenommen.

Amfliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Aebra a. V.

Ar. 85.

Aebra, Sonnabend, 23. Oktober 1897.

10. Jahrgang.

Das englische Glaubuch über Aetra.

Das am letzten Freitag veröffentlichte Glaubuch über die kriegerischen Angelegenheiten und den griechisch-türkischen Krieg ist ein stattlicher Band von 300 Seiten. In demselben enthaltenen Depeschen erheben sich über den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 28. Mai des laufenden Jahres. Sie melden viel Neues über die Politik Lord Salisbury's in orientalischen Angelegenheiten und geben auch einen ziemlich klaren Einblick auf die Haltung Deutschlands in dem griechisch-türkischen Konflikt.

Bei Beginn des Jahres, so heißt es in dem Glaubuch, herrschte große Unruhe in Athen über die Lage auf Aetra. Der griechische Minister des Auswärtigen drohte mit der Aussendung griechischer Kriegsschiffe. Lord Salisbury telegraphierte dem britischen Gesandten in Athen, daß er dies für eine sehr unkluge Handlungsweise ansehe. Am 8. Februar teilte der griechische Gesandtschaftsrat in London Lord Salisbury mit, daß die griechische Regierung durch die Vorgänge auf Aetra in eine unbehagliche Lage gerathen sei. Nach an demselben Tage wies Lord Salisbury den britischen Botschafter in Petersburg an, dem russischen Minister des Auswärtigen seine Ansicht auszusprechen, daß zur Zeit die russische Außenpolitik gegenüber Griechenland nicht bei der griechischen Regierung als die irgend einer anderen Macht, und daß es höchst wertvoll sei, die griechischen Befehlsbefehle in freilich Besonderen Vortheil und freilich Besonderen zu erwirken. Aufstand antwortete, daß es die Absicht der griechischen Schiffe nach Aetra sehr befasse. Es sei inoffiziell berichtet, die Türkei zurückzuhalten. Die Arbeit der Botschafter in Konstantinopel werde dadurch noch verwickelter. Die deutsche Regierung habe einen Fehler ausgeführt, zur gemeinsamen Remonstration der Mächte in Athen, wollte aber nicht die Initiative ergreifen. Aber auch seine andere Ansicht war günstig.

Als schließlich die Remonstration der Mächte in Athen erfolgte, und Griechenland erklärte, das es Aetra besetzen wollte, verlangte Deutschland trügliche Maßnahmen. Lord Salisbury telegraphierte darauf dem britischen Botschafter in Konstantinopel, Sir Philip Curie, er solle sich dem Vorgehen der anderen Mächte anschließen. „Ihrer Majestät Regierung“ sagte er, „ist nicht geneigt, einen isolierten Schritt von Ablehnung zu thun, um ihren Rat der hellenischen Regierung aufzugeben.“ Darauf setzte Deutschland eine selbständige Politik herab — die Blockade der griechischen Küste, wie sie 1886 gehandhabt wurde. Lord Salisbury machte den Mächten einen Gegenantrag die Autonomie Aetra's. Demnach ergründete es wurde das fünfjährige Verbot der Insel in Erwägung ziehen, sobald die griechischen Truppen sie geräumt hätten. Oesterreich schiedete Lord Salisbury bei und wünschte eine ähnliche Autonomie, wie sie Samoa besitzt. Frankreich erwiderte, daß die Stimmung im allgemeinen dagegen liege, daß Aetra wieder unter türkische Vorherrschaft gebracht werden solle, hoffe aber, daß die britische Regierung keine vortheilhafte Entscheidung treffen oder die Verbesserung einer parlamentarischen Partei nachgeben würde. Aufstand war für die Blockade, schlug aber schließlich selbst in zwei Telegrammen Autonomie vor.

Am demselben Tage, an welchem diese Telegramme in London eintrafen, kündigte Lord Salisbury an, daß er seine Politik dem Parlament darlegen wolle, weil die britische Regierung bei der bestehenden Stimmung des Landes nicht zugeben könne, daß sich die Meinung geltend mache, die Aetren würden wieder Herren von Aetra werden, sobald die griechischen Truppen die Insel geräumt hätten. Griechenland hatte es Lord Salisbury zu verdanken, daß die ihm gesandte Frist von vier auf sechs Tage verlängert wurde. Er schlug den Mächten vor, daß ein Kontingent griechischer Truppen zur Bekämpfung der Droming auf Aetra hieher solle. Dagegen traten aber England und Deutschland energig auf, und auch Oesterreich war nicht dafür. Lord Salisbury hatte sich der Ansicht der Mächte wiederum zu fügen. Außerordentlicher Druck wurde auf die britische Regierung ausgeübt, um die Blockade der griechischen Küste der freilich Mächte zu gelassen. Die Botschafter Aethens, Oesterreichs und Deutschlands übergeben Lord Salisbury alle drei besondere Noten. Alle drei Depeschen bestanden, daß es ohne einen solchen Dienst dem König Georg schwer fallen würde, nachzugeben. Am 20. März telegraphierte Lord Salisbury an die britischen Botschafter: „Die Regierung

Ihrer Majestät würde geneigt sein, sich an der Blockade von Volo zu beteiligen, wenn die griechische Regierung sich weigern sollte, zu versprechen, daß sie ihre Truppen zurückziehen würde zu gleicher Zeit, wo es die Türkei thäte. Die britische Regierung würde sich ebenso an allen geeigneten Zwangsmaßregeln gegen die Türkei beteiligen, falls letztere kein berechtigtes Verprechen abgeben sollte.“ Später hieß es Lord Salisbury auf den Rat der Admirale, und nachdem Verstärkungen nach Aetra geschickt worden waren, einen provisorischen Blockade des Piräus zu, wenn die anderen Mächte dafür wären.“

Damals war der Ausbruch eines Krieges aber nicht mehr zu verhindern. Die Mächte machten sich verbindlich, während des Krieges nicht gelandert vorzugehen. Lord Salisbury war es, der zuerst Vermittelung vorschlug. Griechenland lehnte sich außerordentlich nach einer solchen und sich schließlich darum. Die Lord Salisbury sah zu den Bedingungen des europäischen Kongresses verhandelt, machte er es klar, daß die Abtretung Cyperns eine Unmöglichkeit sei. In einem vom 18. Mai datierten Depesche an den britischen Gesandten in Wien sagte er: „Wenn die anderen Mächte beschließen, daß ein großes christliches Gemeinwesen unter der Herrschaft der türkischen Regierung gebracht werden soll, das vor dem Krieg nicht beruhen unterließ, müssen wir aus dem europäischen Kontext austreten und es ablehnen, uns in irgend einer Weise an einer solchen Situation zu beteiligen.“

Leider gibt das Glaubuch nur ein sehr unvollständiges Bild der englischen Politik während des griechisch-türkischen Konfliktes. Es stellt nur die Haltung des Staatsministers Salisbury auf offener Scene dar, aber viel interessanter wäre doch ein Bild hinter die Schülten der jüngsten englischen Politik.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser stattete Dienstag nachmittags in Wiesbaden dem Oberhofmarschall von Heubach einen Besuch ab; darauf unternahm die kaiserliche Familie eine Spazierfahrt zur Reichsheide, die eingeleitet befehligt wurde. Nach dem Theater wohnte der Kaiser einer musikalisch-bekannteren Abendunterhaltung bei dem Intendanten v. Hülsen bei. Zu Ehren des am Mittwoch in Wiesbaden eingetroffenen russischen Kaisers fand dort im königlichen Schloß ein großes Diner statt.

* Kaiser Wilhelm gedachte am Donnerstags nach Karlsruhe, von dort zum Gegenüber dem Baron nach Darmstadt zu reisen und heim nach dem Neuen Palais zurückzukehren.

* Der Reichstanzler liegt angeblich dem Tagdeputierten in Schillingstraße ob, Beweis genug dafür, daß „über allen Gipfeln Ungh“ ist. Die Kreuz-Zig. meint, daß die kommende Session des Reichstages den zürstlichen Höhenlohn auf seinem Platz finden werde.

* Der Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland wegen einiger französischer Grenzgebiete in Togo-Lande an der westafrikanischen Küste, ist am Dienstag im Reichsanzeiger bekannt gegeben worden.

* Der Reichsanz. veröffentlicht den Entwurf eines Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, das gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft treten soll. Das Gesetz umfaßt 18 Paragraphen.

* Aus Anlaß der Beurteilung des Reichsanzeigers des Hamburger „Epo“ wegen Verleumdung des Königs der Belgier zu acht Monaten Gefängnis ist in der auswärtigen Presse wiederholt behauptet worden, daß der belgischen Regierung die Stellung des Strafantrages von deutscher Seite nahegelegt worden sei. Dagegen erklärt der Reichsanzeiger mit aller Bestimmtheit, daß die belgische Regierung den Strafantrag gegen das „Epo“ durch ihren hiesigen Gesandten hat stellen lassen, ohne daß eine Anregung hierzu von Seiten der deutschen Regierung ergangen ist.

* Gegenüber der Behauptung der verschiedenen Blätter, es seien andere Gründe als die des Reichsgerichts vorhanden, welche die Verlegung der Militärstrafprozessordnung zur gelegentlichen Verabreichung von Vergewaltigungen, bemerken die Berl. Ost. Anz.: „Eine Widerlegung solcher Behauptungen würde gegenwärtig keinen Nutzen haben, aber die Zeit wird schon kommen, wo völlig klar wird, daß die Schmierereien lediglich in der Forderung

Wagens auf einen besonderen höchsten Gerichtshof legen, durch welchen die vor allem zu erstrebende Einheit der Rechtsprechung in der Armee durchbrochen würde.“

* Die Einberufung des Kolonialrats wird sich vor Mitte November kaum ermöglichen lassen. Festsetzen wird der Kolonialrat am 10. oder 12. November zusammenzutreten. Durch den Zutritt von Ausschüssen des Kolonialrats wird schon jetzt das Arbeitsmaterial für die bevorstehende Tagung des Plenums vorbereitet. Montag und Dienstag war der Austausch zur Vorbereitung des Belegentour's bei der Ausübung der Strafrechtspflege in den Kolonien unter dem Vorh. des Staatssekretärs v. Szegay in den Räumen der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes verhandelt.

* Die überseeische Auswanderung aus dem Deutschen Reich blieb auch im September hinter der vorjährigen zurück. Es wanderten über deutsche Häfen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam nur 2742 Deutsche aus gegen 3177 im September 1896. Unter den deutschen Auswanderern wurden über deutsche Häfen 7746 Angehörige fremder Staaten befördert, darunter 4683 über Bremen, 3014 über Hamburg und 39 über Stettin.

* Der Gouverneur von Ostafrika hat aus Berlin die Genehmigung erhalten, von Arabern, Jüdern und Negern des Schutzgebietes eine Kapf- oder Sklavensteuer zu erheben, zunächst natürlich nur in den Gebieten, die man sicher in der Hand hat.

* Der belagerte jugoslawische Abgeordnete Grillenberger, Vertreter für Nürnberg, ist am Dienstag abend in München gestorben.

Oesterreich-Ungarn.

* In den letzten Tagen waren wiederholt Gerüchte über Auktionsabsichten des Grafen Thurn verbreitet, die alsbald indes in Mordbegehung mündeten. Jetzt macht das Wiener Tagbl., daß Thurn zu geben entschlossen sei, falls das Parlament die Genösche, daß seinem Nachfolger das ungarische Ausgleichsprofilorium bewilligt werde und die Diskussion aufhöre. Dagegen erklärt das Fremdenblatt, die Gerüchte über eine Ministerkrise seien der Schlucht vergeblicher Parteien, aus ihrer unbedingten Sare befreit zu werden, entpönnen. Das Blatt hebt in betref des Schicksals des Ausgleichsprofilorium's mit Ungarn keine Besorgnis.

* Die zwischen Ungarn und Oesterreich bestehenden, gemeinsame Wirtschaftsangelegenheiten betreffenden Fragen haben in der Presse mehrfach die Meinung geäußert, die würde die in der österreichischen Monarchie für bereit herrschende Unklarheit der politischen Zustände den ungarischen Staat zu einer radikalen Verfassungsänderung nötigen, welche ungefähr einer Personalunion Ungarns mit Oesterreich gleichkomme. Dem gegenüber kann, wie von Budapest offiziös berichtet wird, ausdrücklich bemerkt werden, daß in entgegenstehenden ungarischen Kreisen niemand an die Möglichkeit eines derartigen Umstreiches der Verhältnisse denkt.

Frankreich.

* Wie der Dienstag der französischen Kammer bekannt gegebene Tages-Bertrag ein erhellendes Licht auf die loyalen und richtigen Beziehungen des offiziellen Frankreich zu Deutschland bildet, so ist gleichzeitig ein anderer Vorgang nach dieser Richtung bemerkenswert. Die Delegierten der Stadt Paris, welche der Einbildung des Verteidigungs-Panorama's in Chateaudun bejubeln sollten, blieben der Feier fern, weil der Marineminister verlangte, daß sie ihm vorher den Vorlaut ihrer etwaigen Reden unterbreiten sollten. Aus demselben Grunde lehnte Drouole die Teilnahme an der Feier ab.

England.

* Die englische Regierung hat über die freiliche Verwicklung und den griechisch-türkischen Krieg ein Glaubuch veröffentlicht, das nicht weniger als 300 Seiten umfaßt.

Italien.

* Dem „Temps“ wird von seinem Korrespondenten in Rom telegraphiert, Herr v. Bülow werde sich nach seiner Verabreichung dem König Humbert in Monza nach Rom begeben und vom Papste empfangen werden, um diesem die Versicherung zu geben, daß die preussische Gesandtschaft in Rom keinen Schaden abgesehen werden würde.

Spanien.

* In Barcelona sind diejenigen Personen

freigelassen worden, die als Aardriften gefangen waren, aber in keinen Prozeß verwickelt sind.

Portugal.

* Ein belgisches Syndikat wollte in mehreren portugiesischen Städten elegante Spielhöhlen nach dem Muster von Monte Carlo und Stenhe einrichten und soll der portugiesischen Regierung für die Konzessions-Erteilung sehr hohe Summen geboten haben. Trotz der in Portugal herrschenden drückenden Geldnot lehnte das Ministerium das verlockende Anerbieten ab.

Balkanstaaten.

* Die griechisch-türkischen Friedensverhandlungen scheinen jetzt etwas mehr in Zug zu kommen. Die Militärattache's sind nach Saloniki abgereist, von wo sie sich zur Grenzabteilung nach Thessalien begaben. Am Montag fand in Konstantinopel die erste Sitzung der türkischen und griechischen Friedensunterhändler statt. Ueber die griechischen Verluste im Krieg mit den Türken veröffentlicht die „Aktropolis“ eine vorläufige Zusammenfassung. Danach betragen in Thessalien bei der Infanterie die Zahl der Toten 253, bei der Verbundenen 1082, bei den Bergtruppen (Gnomen) 60 und 239, bei der Kavallerie 19 und 119, bei der Flottille 15 und 41, bei den Kanonieren 7 und 25, bei den abgetriebenen Reitern 4 und 18, bei der Fremdenlegion 7 und 33, bei den Garabadianern 13 und 48. Bei den Stranzenoffizieren und dem Train wurde je ein Mann verumdet. Im ganzen kommt also die ziemlich geringe Anzahl von 408 Toten und 1604 Verbundenen heraus. Von den Offizieren wird nichts angeführt, doch ist als sicher anzunehmen, daß die Zahl der gefallenen und verumdeten höheren Offiziere verhältnismäßig geringer ist als die der Offiziere vom Major abwärts. Die Verluste des Heeres im Girus sind schon durch die einige Schlacht bei Orinomo verhältnismäßig größer, doch sind noch keine einigermaßen sicheren Daten veröffentlicht.

* Der König von Serbien hat das Entlassungsgeheiß des radikalen Ministeriums Smith angenommen.

* Georgienisch, der serbische Gesandte in Konstantinopel, ist mit der Bildung des neuen serbischen Ministeriums betraut worden.

Für die Heberschwemmen in Schlesien

hat das preuss. Staatsministerium zum zweiten Male den Betrag von 500000 Mk. aus Staatsmitteln zur Verfügung gestellt, und zwar mit besonderen Verwendungsbestimmungen. Bei Gewährung von Beihilfen soll darauf hingewirkt werden, daß die Initiative und Vortreibarbeit der Beteiligten zur eigenen Arbeit und Mitwirkung bei der Abheilung der Heberschwemmschäden in geeigneter Weise angeordnet werde. Es dürfen Bestimmungen, von Fritten für die Fertigstellung von Arbeiten, durch die Aufhebung von Präzedenz für künstliche Wasserführung, durch Verorgung von Betrieben, welche sich besonders eilig bei den Wiederherstellungsarbeiten beteiligen u. s. w. Bestimmungen können auch zur Verringerung oder Verlegung Beschädigter oder fortgesetzter Forderungen, und Maßnahmen bei der nachgehenden Umfassung gemacht werden, vorausgesetzt natürlich, daß die Verordnungen eine Verbesserung der Verhältnisse oder eine Verminderung der Nothwassergefahr zum Gegenstand haben. Mit derselben Bestimmung sind auch Unterhaltungen bei Veränderungen und Verlegungen teilweise oder gänzlich zerstörter Gebäude und beschädigter im Sinne des § 1 des Reichs-Gesetzes vom 23. Januar 1848 wiesender Anlagen im Nothwasserabfuhrgebiete für zulässig zu erachten. Ferner soll der zweite Betrag von 500000 Mk. dazu verwendet werden, um die beschädigten Wohn- und Wirtschaftsgebäude wiederherzustellen. Menschen und Vieh sollen das durch die letzten Nothwasser zerstörte Obdach unter allen Umständen bis zum Beginn des Winteres wieder erhalten. Die Sanftärzte sollen mit Mitteln ausgerüstet werden, um Sanquid, sowie Karottensaft, Honig, Stroh und andere Futtermittel in natura zu beschaffen und den unterthätigen bedürftigen Bewohnern des Heberschwemmsgebietes zu überreichen — in der Erwägung, daß Baumittel nicht stets die richtige Verwendung finden, und daß auch der einzelne nicht überall im Lande sein mag, den Bedarf an den ererbten Naturkräften zu entsprechend billigen Preisen einzukaufen. — In der offiziellen Ver-

